

«Aufs Regieren konzentrieren»

Verwaltungsrat Zwei Bieler Grossräte haben eine Motion eingereicht. In staatlichen Betrieben sollen künftig keine Regierungsräte in den Verwaltungsräten sitzen. So will man mögliche Interessenkonflikte verhindern.

«Die Regierung soll sich aufs Regieren konzentrieren und nebenbei nicht auch noch Unternehmen spielen», sagt Peter Moser, FDP-Grossrat aus Biel. Mit der Motion «Transportunternehmen ohne Staat» hat die FDP bereits im Jahr 2006 die Diskussion angestossen – allerdings wartet die Partei noch heute auf konkrete Umsetzungen. Mit dem aktuellen Rummel um die Nebenverdienste

der Regierungsräte komme die ursprüngliche Forderung erneut auf den Tisch, so Moser. Entsprechend hat er zusammen mit dem Bieler FDP-Grossrat Hubert Klopfenstein und anderen Grossräten die Motion eingereicht. Diese fordert den Regierungsrat auf, seine Mitglieder geordnet aus den Verwaltungsräten staatsnaher Betriebe zurückzuziehen. «So kann alles in einem Paket diskutiert werden», sagt Moser.

Beispielhafter Kanton Aargau

Hauptsächlich geht es bei der Motion darum, mögliche Interessenkollisionen zu eliminieren. Heisst gemäss Moser, dass Regierungsräte frei politisch entscheiden sollen, ohne Rücksicht auf staatsei-

gene Betriebe oder Beteiligungen nehmen zu müssen. «Regierungsräte müssen das Wohl des Kantons vor Augen haben», so Moser. Im Kanton Bern sind bereits erste Schritte zum Rückzug erfolgt, indem die Regierung nicht mehr direkten Einsitz in die strategischen Organe der Spitäler, der Gebäudeversicherung oder der Berner Kantonalbank nimmt. Laut Motionären wird in manchen Kantonen sogar vollständig auf Regierungsratsmitglieder in Verwaltungsräten verzichtet. Fortgeschritten ist beispielsweise der Kanton Aargau: Seit über fünf Jahren legt ein Reglement fest, dass in den obersten Leitungsorganen bei Kantonsbeteiligungen weder Mitglieder der Kantonsre-

gierung, des Kantonsparlaments, noch Verwaltungsangestellte sitzen dürfen.

Sperrgebiet für Regierende

Verwaltungsräte von Unternehmen mit Kantonsbeteiligung sind für die Regierung also Sperrgebiet. «Es wäre noch besser, wenn der Kanton Bern seine Beteiligungen verkaufen würde», sagt Moser. Seine Aufgabe sei nicht, Bahnen oder Spitäler zu betreiben oder Energie herzustellen. «Die Politik muss politische Rahmenbedingungen festlegen und Unternehmen müssen ihre Strategie nach diesen Vorgaben richten», so Moser. Beteiligungen an (Privat-)Unternehmen seien als reine Finanzbeteiligungen zu betrachten. rst